

Stellungnahme der *Palästina-Initiative Region Hannover* zur geplanten Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel

Die Pläne von Israels Premierminister Netanjahu, den von US-Präsident Trump entwickelten Nahost-Plan („Jahrhundert-Deal“) ab 1. Juli 2020 zu realisieren, wurden vorläufig gestoppt, da die US-Regierung noch kein ‚grünes Licht‘ gegeben hat und der Widerstand gegen den Plan innerhalb Israels und auch international wächst.

Das ‚Gesetz zur Anwendung israelischer Souveränität‘ sieht vor, dass 30% des palästinensischen Westjordanlandes - 128 Ortschaften und das fruchtbare Jordantal - annektiert und damit israelisches Staatsgebiet wird. Nach dem Oslo-Abkommen handelt es sich zunächst um die Zone C, die bereits unter ausschließlicher israelischer Kontrolle steht. Gemäß dem *Allon-Plan* von 1970 sind heute schon 90% des Jordan-Tals für Palästinenser nicht mehr zugänglich, da landwirtschaftliche Flächen beschlagnahmt wurden. Allein in der Ortschaft *Jiftlik* wurde die schulische Struktur zwischen 2006 und 2010 sieben Mal durch israelisches Militär zerstört. Von den ursprünglich 250000 Palästinenser*innen leben heute nur noch 70000 im Jordantal.

‚Rest-Palästina‘ soll nach dem Trump-Plan keine Souveränität über die eigenen Grenzen sowie über die Verbindungs- und Zugangsstraßen haben und kein Recht besitzen, sich gegen israelische Übergriffe zu verteidigen. Ihm wird auch das Recht abgesprochen, sich vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag juristisch gegen israelische Menschenrechtsverletzungen zu wehren.

Der Annexionsplan bedeutet also, dass nach 53 Jahren Besatzung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens - in Israel ‚temporärer militärischer Zustand‘ genannt - mit Aufständen, Kriegen, Vertreibungen, Häuserabbrissen und menschenverachtenden Herrschaftsmethoden dieser völkerrechtswidrige Zustand mit unterschiedlichen Rechten für Juden und Palästinenser legalisiert und festgeschrieben werden soll.

Es würde bedeuten, dass die Palästinenser*innen in mehrere voneinander geografisch getrennte und dichtbevölkerte Enklaven verdrängt würden.

Mit diesem ‚Homeland-System‘ würde Israel endgültig ein Apartheid-Staat und wäre spätestens dann nicht mehr berechtigt, sich als ‚einzige Demokratie im Nahen Osten‘ zu bezeichnen.

Die *Palästina Initiative Region Hannover*, die sich seit 20 Jahren für gleiche Rechte aller Menschen im israelischen Machtbereich und für die Beendigung der israelischen Besatzung einsetzt, ruft die deutsche Öffentlichkeit dazu auf, sich dem in Deutschland - insbesondere bei der deutschen Regierung - üblichen Schweigen über den geplanten Aufbau eines neuen Apartheid-Systems zu widersetzen und zu einem Kurswechsel der deutschen Politik beizutragen.

Neun EU-Staaten haben den - bereits 1983 ausgerufenen - Staat Palästina anerkannt. Die deutsche Regierung unterstützt eine Zwei-Staaten-Lösung verbal, weigert sich

jedoch, einen palästinensischen Staat tatsächlich anzuerkennen, da damit ein Frieden zwischen Israel und Palästina erschwert würde.

Die Palästina-Initiative sieht dagegen in der Anerkennung eines Staates Palästina die einzige realistische Perspektive für Verhandlungen ‚auf Augenhöhe‘ und damit zu einer ‚Friedenslösung‘ zwischen Juden und Palästinensern, die diesen Namen verdient.

Da offensichtlich Israel mit seinen Annexions-Absichten seine eigene Sicherheit in Frage stellt - es aber selbst nicht wahrhaben will - kommt damit auch für die deutsche Regierung die von ihr selbst definierte ‚Staatsräson‘ gegenüber Israel ins Spiel.

Moshe Zimmermann, emeritierter Professor der Universität Jerusalem, erklärt, Deutschland dürfe hierbei nicht tatenlos zusehen und müsse sich von dem ‚Pawlow-schen Reflex der deutschen Politik‘, jede Israel-Kritik wegen des Antisemitismus-Vorwurfs zu vermeiden, lösen und es gerade als seine Verantwortung sehen, Israel von seinen völkerrechtswidrigen Absichten abzubringen.

Die bisherigen Äußerungen des deutschen Außenministers lassen allerdings nicht vermuten, dass die deutsche Regierung erkannt hat, dass Israel sich schon lange von den Grundregeln der Demokratie entfernt hat.

Luxemburgs Außenminister *Asselborn*, der für die Anerkennung Palästinas plädiert, sieht, dass ‚in Teilen der Welt gerade ein neues Bewusstsein für Menschenrechte und Unterdrückung von Minderheiten entsteht‘. Mit Blick auf Israel und eine mögliche Verschärfung der Unterdrückung der Palästinenser äußert er die Besorgnis, dass diese Politik ‚gravierende Folgen‘ für Israels internationales Ansehen haben könnte.

Die *Palästina Initiative* möchte aus dem aktuellen Anlass an die Balfour Deklaration von 1917 erinnern, in der die britische Regierung dem jüdischen Volk eine nationale Heimstätte auf dem Boden Palästinas verspricht mit der Ergänzung, *dass nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina ...beeinträchtigen könnte.*

In der Folge der jüdischen Einwanderung während der britischen Mandatszeit wird dieser unzweideutige Grundsatz von gleichen bürgerlichen und religiösen Rechten zwischen dem ansässigen arabischen Volk und den jüdischen Einwanderern nicht eingehalten, sondern durch den Zionismus der wachsenden **Zahl** jüdischer Bewohner in das Gegenteil verkehrt: Mit der Proklamation des Staates Israel am 14.5.1948 erklärte Ben Gurion : *In Eretz Israel stand die Wiege des jüdischen Volkes; hier wurde sein geistiges, religiöses und politisches Antlitz geformt; hier lebte es ein Leben staatlicher Selbständigkeit.* Es gehe jetzt, so Ben Gurion weiter, darum, *die alte Heimat wiederzugewinnen.*

Vor diesem historischen Hintergrund sollte man die folgenden Äußerungen des ehemaligen israelischen Generals *Mizrahi* verstehen und interpretieren, der am 12.Juni 2020 im Namen von Hunderten von Ex-Generälen in einem Interview (s. Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 12.6.20) erklärte:

Sollte Israel die ganze Westbank annectieren, würde alles zu Israel gehören. Nicht nur das Gebiet, sondern auch die Palästinenser, die dort leben. Damit stellt sich eine kritische Frage: Sollen die Palästinenser alle Rechte erhalten, die israelischen Bürgern zustehen? Dazu würde auch das Stimm- und Wahlrecht gehören. Das wäre das Ende des zionistischen Traums, einen jüdischen und demokratischen Staat zu haben. Der General rechnet schließlich aus, dass sich dann vier Millionen Araber an den Wahlen beteiligen könnten und damit 40 Mandate von 120 im Parlament stellen würden.

Diese Äußerungen bedeuten: Vollständige Bürgerrechte dürfen nur jüdische Israelis besitzen, sonst kann das Konzept von Eretz Israel („jüdischer Nationalstaat“) real nicht umgesetzt werden. Der General weiß aber auch: *An einem Kompromiss mit den Palästinensern werden wir nicht vorbei kommen. Wir Israeli werden hier bleiben. Auch die Palästinenser werden nirgendwo hingehen.* (HAZ 12.6.20)

Der General hat damit - vielleicht ungewollt - das ganze Dilemma der augenblicklichen Situation gekennzeichnet: Wenn das historische Palästina heute die ‚Heimstätte‘ verschiedener Völker ist, so kann eines dieser Völker nicht den Anspruch erheben, die alleinige Souveränität über das *ganze Land* zu besitzen.

Welche politischen Szenarien sind möglich bzw. zu erwarten ?

(1) ‚Weiter so‘ und schlimmer :

- Da zur Zeit von Seiten der israelischen Bevölkerung - insbesondere der Siedler - starke Vorbehalte gegen die Annexions-Pläne bestehen, setzt die jetzige rechtskonservative Regierung die bisherige Politik der Diskriminierung und Ausgrenzung der Palästinenser fort.
- Die israelische Regierung annectiert das Westjordanland und unterwirft die Palästinenser*innen der Gesetzgebung Israels - statt dem bisherigen Militärregime - , ohne jedoch den Palästinenser*innen ein Wahlrecht oder die Staatsbürgerschaft einzuräumen, - wie es das ZK der Likud-Partei vorgeschlagen hat. Diese ‚Apartheid-Lösung‘ wird schon seit 1967 nach der Annectierung Ost-Jerusalems mit den dort lebenden Palästinenser*innen mit ihrem unsicheren Status als ‚ständige Bewohner*innen‘ praktiziert.
- die innenpolitischen Spannungen innerhalb des israelischen Machtbereichs führen zu einem bisher nicht dagewesenen Gewaltausbruch, der sich auch auf die Nachbarländer auszudehnen droht.

(2) Verständigungsorientiert :

- Es mehren sich die Stimmen - besonders unter jungen Palästinenser*innen - auf

den Umbau des Landes in eine föderale, binationale Republik, die all ihren Bürgerinnen und Bürgern gehört, hinzuarbeiten . Es ist daran zu erinnern, dass Ben Gurion als einer der ‚Gründerväter‘ des Zionismus in einer Rede 1926 * vorgeschlagen hat, dass *Autonomie* das geeignetste Modell sowohl für die jüdische als auch für die palästinensische Selbstbestimmung sei. Die Juden könnten ihr Leben selbst verwalten, *ohne sich dabei als Herrschernation selbst zu verderben (!)*

Um Druck auf die Bundesregierung und die israelische Regierung für eine konstruktive Politik auszuüben, **fordert die Palästina Initiative Region Hannover :**

1. Bei einer Annexion bzw. auch nur Fortsetzung der Besatzungspolitik Aussetzung des Assoziationsabkommens zwischen der EU und Israel,
2. keine Behinderung der Untersuchung und Anklage von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverstößen in den besetzten Gebieten vor dem Strafgerichtshof in Den Haag durch die Bundesregierung,
3. einen Kurswechsel der deutschen Politik gegenüber Israel: Staatsräson neu definieren, das heißt, die Interessen der palästinensischen Bevölkerung einbeziehen,
4. nach 53 Jahren ein Ende der völkerrechtswidrigen israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete,
5. Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesregierung,
6. Die EU soll die Initiative ergreifen zu einer Nahost-Konferenz unter Beteiligung aller Staaten der Region einschließlich der PLO im Sinne einer KSZE für die Region des Nahen Ostens.

* zitiert nach: *Omri Boehm*, Israel – Eine Utopie (2020), S.182

www.palaestina-initiative.de

